Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
J. B.: Albert Herling in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.
Anschluß-Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Neunundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 244. **Halle a. d. Saale, Montag den 27. Mai.** **1895.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 26. Mai. Der Kaiser unternahm gestern früh einen längeren Spazierritt in die Umgebung des Neuen Palais. Später nahm er den Vortrag des Chefs des Generalstabes der Armee, Generaladjutanten, General der Kavallerie Graf v. Schlieffen, entgegen.

Kiel, 26. Mai. Der Kaiser hat die Theilnahme am Provinzialfest abgelehnt, da es ihm an Zeit gebricht. Sämmtliche Mitglieder des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages sind zum Einweihungsfest eingeladen worden.

Dem Eintreffen des Kronprinzen von Griechenland mit Gemahlin und Söhnen in Kronberg wird für nächsten Mittwoch entgegengesehen.

Gouverneur von Wissmann ist Sonntag nacht in Brüssel eingetroffen und am Sonntag auf Schloß Laeken von dem König zum Dejeuner empfangen. Abends gab der deutsche Gesandte Graf von Alvensleben ihm zu Ehren ein größeres Diner.

Die Schleswig-Holsteiner in Friedrichsruhe.

Friedrichsruh, 26. Mai. Mehrere Extrazüge brachten heute gegen 3000 Schleswig-Holsteiner nach der Station Ammühle, von wo um 11½ Uhr der Abmarsch nach Friedrichsruh erfolgte. Nachdem die Aufstellung im Schloßpark beendet war, erschien Fürst Bismarck mit seinen Angehörigen auf dem Altan, mit großem Jubel begrüßt. Graf Reventlow-Preetz und Oberlehrer Macke-Hadersleben hielten Ansprachen an den Fürsten, welcher darauf etwa folgendes erwiderte: Er nehme die Huldigung als eine seinen Mitarbeitern geltende entgegen. Er sei durch Einwanderung Schleswig-Holsteiner geworden und sei stolz darauf; denn dieses Land sei nach seinen politischen Erinnerungen der Ausgangspunkt der deutschen Entwicklung gewesen. Als er zuerst mit der großen Politik in Berührung kam, hätten zwei Fragen das deutsche Gemüth bewegt: Schleswig-Holstein und die deutsche Flotte. Die Lösung beider Fragen sei außerordentlich schwierig gewesen. Besonders die europäischen Großmächte hätten Preußen die durch den Erwerb Schleswig-Holsteins voraussichtlich geförderte Entwicklung damals mißgönnt und die damit untrennbar verknüpfte Frage der deutschen Marine sei unlösbar gewesen, so lange acht Staaten die deutsche Seehoheit und die maritime Kriegsberechtigung unter sich theilten. Wenn Dänemark nicht so aggressiv verfahren wäre und nicht eine solche Verbitterung und eine solche Behandlung der Deutschen unter Dänemark stattgefunden hätte, wäre vielleicht nur eine Personalunion abgeschlossen worden. Nach einem Hinweis auf die Nothwendigkeit von Schlachtschiffen zur Defensive betonte der Fürst die Nothwendigkeit von Kreuzern zum Schutz der Kauffahrer. Die Vorbedingung für Deutschlands Seemacht sei der Besitz der Herzogthümer gewesen. Der Fürst schloß mit dem Wunsche, „up ewig ungedeelt" möge immer Anwendung haben auf die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zum Deutschen Reiche, die ihren Ausdruck darin gefunden habe, daß jetzt eine Landsmännin eine deutsche Kaiserin sei. Der Kaiserin gelte sein Hoch! Die Anwesenden stimmten jubelnd in den Hochruf ein. Nach einem Rundgange zog sich sodann der Fürst mit den zum Frühstück Geladenen in das Schloß zurück.

Währungsfragen.

In der Währungsdebatte im Abgeordnetenhause ist bekanntlich der Antrag Arendt, der eine internationale Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus fordert, mit dem Zusatz „einschließlich Englands" angenommen worden. Man hat darin das Eingeständniß gesehen, daß auch die Bimetallisten die Einführung des internationalen Bimetallismus ohne England nicht für möglich halten. Es mußte das um so mehr überraschen, als z. B. Graf Kanitz dem Reichstage und demnächst auch der Silberkommission den Entwurf eines Reichsmünzgesetzes vorgelegt hat, welches an Stelle der Goldwährung die Gold- und Silberwährung auf Grund des Werthverhältnisses von 1 : 15½ einführen wollte. Und zwar sollte dieses Gesetz vom Reichstag und Bundesrath ohne weiteres beschlossen, aber erst in Kraft gesetzt werden, „wenn auch andere Großstaaten zur freien Silberprägung übergehen," wie in der Begründung bemerkt wird. „Wenn Deutschland vorgeht, werden die anderen Großstaaten nicht zurückbleiben können, insbesondere darf erwartet werden, daß die englische Regierung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustreten und auch ihrerseits die Regelung der Währungsfrage in die Hand nehmen wird." Daß die Einführung der Reichsdoppelwährung ohne England nicht möglich sei, ist nicht gesagt. Sind denn nun wirklich die Bimetallisten jetzt anderer Ansicht geworden? Wie aus einer Geschäftsordnungsdebatte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Mai hervorgeht, trifft das wenigstens für Herrn Dr Arendt nicht zu. Der Abg. Sattler hatte die Aufnahme des Antrages Zedlitz (Zufügung der Worte: einschließlich Englands) in dem obigen Sinne verstanden. Dr Arendt erklärte das aber für unrichtig. „Es ist nicht gesagt worden," bemerkte er, „daß das (nämlich die internationale Doppelwährung ohne England) unmöglich ist; sondern es ist gesagt worden, daß wir zur Zeit auf diesem Standpunkt stehen, also das ist etwas wesentlich anderes." Die Frage des Abgeordneten v. Eynern, was Dr Arendt unter „zur Zeit" verstehe, also auf wie lange er diese Meinung behalten wolle, konnte Herr Dr. Arendt im Rahmen der Geschäftsordnung leider nicht beantworten. Man hat also gar keine Garantie dafür, daß, wenn die Bimetallisten zu bestimmen hätten, eine internationale Doppelwährung auch ohne England eingeführt würde. In seiner einleitenden Rede sagte Dr Arendt: „Die deutschen Bimetallisten haben geglaubt, daß man die Währungsfrage auch ohne England lösen könne; ich halte an diesem Glauben auch heute noch fest, aber die Dinge haben sich so gestaltet, daß wir jetzt überzeugt sind, daß wir den Sieg der englischen Bimetallisten abwarten können, und hiermit ist der Boden für eine Verständigung gegeben, auf dem sich alle besonnenen Elemente in dieser Frage zusammenfinden können." Wenn Herr Dr Arendt sich, wie so oft schon, getäuscht hat, d. h. sollte nicht nur das jetzige liberale Kabinet, sondern auch ein nachfolgendes konservatives an der Goldwährung festhalten, so werden die deutschen Bimetallisten wieder einmal ihre „Ueberzeugung" wechseln, wie andere Leute die Kleider, und dann werden sie eine internationale Doppelwährung auch ohne England empfehlen. Beiläufig bemerkt, stützt sich die Hoffnung der englischen Konservativen lediglich darauf, daß Mr. Balfour in seiner letzten Rede vom 3. April „zum ersten male", wie Dr Arendt bemerkt hat, für den Bimetallismus gesprochen hat, ohne hinzuzufügen, daß er nur „als Person" spreche. Die konservative „Morning Post" aber hat sich beeilt, zu erklären, was immer England im Interesse einer größeren Verwendung des Silbers zu thun sich entschließt, kein Geschäftsmann werde erwarten, daß es einer Spielerei mit den Grundsätzen der Goldwährung zustimme, und daher würden auch Verhandlungen, die Deutschland darüber eröffnet, erfolglos bleiben.

In Hannover war am Sonnabend der Verein deutscher Banken versammelt, der sich mit der Währungsfrage beschäftigte und zu folgenden Beschlüssen kam:

Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß an dem gegenwärtig im Deutschen Reiche geltenden Währungsgesetze eine Aenderung nicht vorgenommen werden darf. Sie hält alle Bestrebungen, welche auf eine Aenderung dieses Gesetzes zu Gunsten des Silbers hinzielen, für im höchsten Grade schädlich und beunruhigend für Handel und Gewerbe und gegen das Interesse der Gesammtbevölkerung Deutschlands verstoßend; ist auch der Ueberzeugung, daß die landwirthschaftlichen Kreise die von einer Aenderung der Währung erhofften Vortheile nicht finden werden. Sie sieht deshalb mit tiefem Bedauern, daß eine Anregung zu einer internationalen Münzkonferenz von Deutschland ausgehen soll. Sie konstatirt als zweifellos, daß durch eine Verschlechterung der heimischen Valuta die Zerstörung eines großen Theiles des nationalen Vermögens und eine Verschlechterung der sozialen Lage herbeigeführt würde. Sie erklärt es aus diesem Grunde für die Pflicht eines jeden patriotischen Deutschen, mit ganzer Kraft für die Aufrechthaltung der bestehenden Währung zu wirken. Sie tritt auf das Entschiedenste der weit verbreiteten Anschauung entgegen, als ob gerade Bankinstitute ein besonderes großes Interesse an der Goldwährung hätten. Wenn in dieser Beziehung der eigene Vortheil maßgebend sein sollte, so könnten die Banken doch nur für die denkbar schlechteste Valuta eintreten, denn die mit einer solchen verknüpften Schwankungen geben, wie überall ersichtlich, die meiste Veranlassung, die geschäftliche Vermittelung von Banken in Anspruch zu nehmen. Im übrigen ist das Interesse der Banken an der Goldwährung nicht größer als das jedes anderen Besitzers von deutschen Werthpapieren, d. h. alle würden durch eine Herabminderung des Werthes der heimischen Valuta auf das Empfindlichste geschädigt werden.

Mittel gegen das Petroleummonopol.

Gegenüber der Vertheuerung des Petroleums durch die Standard-Oil-Company soll die Reichsregierung mit dem Plane umgehen, eine differentielle Zollbehandlung von Rohpetroleum und raffinirtem Petroleum einzuführen, um dadurch die Einfuhr des Rohpetroleums und die Errichtung von Raffinerien in Deutschland zu erleichtern, und so der Standard-Oil-Company entgegenzuwirken. Zunächst ist zu bemerken, daß auch bei dem jetzigen Zoll für Petroleum die Einfuhr von Rohpetroleum und die Raffinirung desselben in Deutschland möglich ist. In Bremen bestand längere Zeit eine Raffinerie (Korff), die zu demselben Preise liefern konnte wie die Amerikaner, da bei dem Raffinationsprozeß gewisse Stoffe ausgeschieden werden, die als Schmieröl usw. anderweitig werthbar sind. Die Raffinerie ist später von der amerikanischen Gesellschaft angekauft worden. Der obige Vorschlag würde aber den Zweck, der Standard-Oil-Company Konkurrenz zu machen, nur dann erfüllen können, wenn die in Deutschland zu errichtenden Raffinerien das gereinigte Petroleum billiger lieferten als die Gesellschaft. Daß die letztere solchen Raffinerien Rohpetroleum liefern würde, ist nicht denkbar. Dieselben würden also für ihren Bedarf an Rohpetroleum auf diejenigen Lieferanten, die sog. Outsiders angewiesen sein, die von der Standard-Oil-Company noch nicht aufgesaugt worden sind. Aber schon bei der letzten Preistreiberei hat sich herausgestellt, daß diese Outsiders keinen Augenblick gezögert haben, die Preistreiberei mitzumachen. Die deutschen Raffinerien würden also trotz des niedrigeren Zolls auf Rohpetroleum entweder lahm gelegt oder gezwungen werden, an den Preistreibereien auch ihrerseits theilzunehmen. Der deutsche Petroleumkonsument wäre also auch in diesem Falle der Geprellte. Und selbstverständlich würde der amerikanische Petroleumring das Geschäft nicht unabhängigen Unternehmern überlassen, sondern selbst Raffinerien auf deutschem Boden errichten, etwa entstehende deutsche Raffinerien ganz in derselben Weise zur Unterwerfung zwingen, wie die unabhängigen Petroleumhändler. Frankreich hat das Experiment, welches jetzt dem Deutschen Reich empfohlen wird, schon früher gemacht. Der Schutzzoll für die französischen Raffinerien beträgt 3½ Franken. Hat das nun die seit langen Jahren bestehenden französischen Raffinerie-Anstalten gegen die amerikanische Gesellschaft geschützt? Dieselbe herrscht heute in Frankreich ebenso unumschränkt wie in Deutschland und sie hat dieses Ziel vor ein paar Jahren lediglich dadurch erreicht, daß sie in einigen französischen Häfen, wie Rouen, Cette usw. große Konkurrenz-Raffinerien errichtete und dadurch die französischen zur Kapitulation zwang, d. h. dieselben verpflichtete, ihr Rohöl ausschließlich von der Standard-Oel-Company zu beziehen! In Deutschland müßten aber die Raffinerien, welche dem Petroleum Abbruch thun sollen, erst errichtet werden, aber wo sind die Kapitalisten, die ihr Geld in Unternehmungen zu stecken geneigt wären, denen von heute auf morgen der Boden unter den Füßen entzogen werden könnte, nämlich sobald es dem Ring gelingt, die von ihm zur Zeit noch unabhängigen amerikanischen Rohöl-Lieferanten zum Beitritt zu zwingen? Wenn die Regierung sich, wie Staatsminister v. Boetticher in Aussicht stellte, demnächst darüber, was gegen den Petroleumring zu thun ist, schlüssig macht, so weiß sie hoffentlich bessere Mittel als das in Rede stehende.

Zur Reichstagswahl in Dortmund.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Möller hat, wie schon berichtet, sein Mandat, das sonst zweifellos vom Reichstage für ungiltig erklärt worden wäre, niedergelegt. Mit ungewöhnlicher Fixigkeit läßt sich daraufhin die „D. Tagesztg." aus Dortmund schreiben: „Möller wählen wir auf keinen Fall wieder." Wollten die Nationalliberalen wieder auf Stimmen auf dem Lande rechnen, so müßten sie einen Kandidaten aufstellen, der einem anderen Flügel als Möller angehört. Die „Nationallib. Korr." nimmt von dieser Aeußerung einstweilen Vermerk und schreibt dann weiter: Der Augenblick wird ja nicht lange auf sich warten lassen, bis die Parteien im Wahlkreise Dortmund als solche zu der Ersatzwahl Stellung zu nehmen haben, und ob der „Bund der Landwirthe" trotz aller herben Erfahrungen auch dort wieder zur Partei wird. Wie das in überwiegend industriellen Bezirken jedesmal endet, hat sich in Reichenbach i. V., in Plauen i. V., in Ottensen-Pinneberg und jüngst in Dresden-Land gezeigt. Der Bund der Landwirthe, als Partei dort überall nur eine Minderheit, hat durch sein Dazwischentreten die vier Sozialdemokraten in jenen Wahlkreisen zum Erfolg befördert, er und kein anderer. In Dortmund liegen die Verhältnisse für ihn insofern noch klarer, als er günstigstenfalls erzwingen kann, daß ein klerikaler Demokrat mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt. Was damit für die Interessen des Bundes wohl erreicht wäre?

Personalkredit der mittleren Stände.

Die Vorarbeiten zur Fertigstellung des Gesetzentwurfes über die Organisation des Personalkredits der mittleren Stände sind so weit gefördert, daß der Entwurf noch vor Pfingsten dem Staatsministerium unterbreitet werden kann. Bei Wiederaufnahme der Sitzungen nach den Pfingstferien könnte die Vorlage dann dem Landtage zugestellt werden.

Petitionen im Reichstage.

Nach der Geschäftsübersicht über die Reichstagssession sind im ganzen 59,894 Petitionen eingegangen, darunter ungefähr die Hälfte, nämlich 26,060, zur Umsturzvorlage. Ferner 10,509 zu der Abänderung des Militärpensionsgesetzes, welche durch die beiden Invalidengesetze erledigt oder mit dem Bericht der Petitionskommission dem Reichskanzler als Material überwiesen sind. 6057 Petitionen gegen das Impfgesetz sind ganz unberücksichtigt geblieben, ebenso die 5988 Petitionen betr. Margarine, da der Gesetzentwurf nicht zur Verhandlung gekommen ist. 3886 Petitionen betr. die Tabaksteuer, sind durch die Ablehnung der Vorlage erledigt. 760 Petitionen betr. die Genossenschaften, Konsumvereine, und 613 betr. kommunale Besteuerung der Weine sind in der Kommission nicht berathen worden, die bezüglichen Vorlagen sind auch im Plenum nicht mehr zur Beschlußfassung gelangt, ebenso 859 Petitionen betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Hausirhandel); auch die entsprechende Vorlage ist nur in der Kommission berathen. 406 Petitionen betr. den Zoll auf Quebrachoholz sind durch die Resolution des Reichstages erledigt; 340 Petitionen betr. die Zuckersteuer und 316 betr. die Brannweinsteuer durch die Annahme der Vorlage; ebenso 92 betr. Binnenschiffahrt und Flößerei. Dagegen sind 68 Petitionen betr. den Handelsvertrag mit Argentinien, ebenso wie der Antrag Heyl im Plenum nicht erledigt. Zu dem Antrag Kanitz, Ein- und Verkauf ausländischen Getreides durch das Reich, sind 306, zur Währungsfrage 319 Petitionen eingegangen. Im ganzen sind 30,527 Petitionen durch Beschlüsse des Reichstages erledigt; 10,598 Petitionen dem Reichskanzler überwiesen. Nur 32 Petitionen sind durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. 16,209 Petitionen aber sind in der Kommission überhaupt nicht zur Verhandlung gelangt und 1242 als zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erklärt.

Verschiedene Mittheilungen.

* In der Klageschrift des berliner Magistrats gegen den Oberbürgermeister Zelle wegen der auf Anweisung des Oberpräsidenten erfolgten Beanstandung der vom Magistrat beschlossenen Petition gegen die Umsturz-Vorlage hat Bürgermeister Kirschner als Mandator des Klägers auf den analogen Verwaltungsstreit zwischen Magistrat und Oberbürgermeister von Stettin verwiesen. Magistrat und Stadtverordnete dieser Gemeinde beabsichtigten seiner Zeit, eine Petition gegen Erhöhung der Getreidezölle an den Reichstag zu richten. Der Oberbürgermeister wurde dort ebenfalls von der Aufsichtsbehörde angewiesen, den bezüglichen Magistratsbeschluß zu beanstanden, was auch geschah. Der Stettiner Magistrat erhob neue Klage mit der Begründung, daß der angefochtene Beschluß keineswegs die Befugnisse des Magistrats überschreite: die geplante Erhöhung der Getreidezölle müsse insofern als eine hervorragend kommunale Angelegenheit betrachtet werden, als sie die vitalsten Interessen einer Handels- und Hafenstadt auf das Aergste zu beeinträchtigen geeignet sei. Der Gerichtshof hat sich dieser Deduktion angeschlossen und den Oberbürgermeister nach dem Klageantrag verurtheilt. Auch der Berliner Magistrat hat seine Klage in ähnlicher Weise begründet, indem er darauf hinweist,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950527013/fragment/page=0001

daß einzelne Bestimmungen der Umsturzvorlage die Interessen der Schriftsteller, Künstler, Buchhändler, Photographen 2c. in hohem Maße schädigen würden, was in der Reichshauptstadt um so schwerer wiege, als diese einen der ersten Centralpunkte jener Berufsarten und Gewerbe bilde. Der Beflagte, Oberbürgermeister Zelle, der, den berliner Blättern zufolge, im Verhandlungstermin (28. d. M.) nicht erscheinen wird, hat in der Klagebeantwortung lediglich auf die Verfügung des Oberpräsidenten verwiesen, welche ihn zwang, den von ihm selbst mit gefaßten Beschluß des Magistrats zu beanstanden.

* **Der Centralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt** begann am Sonnabend in **Berlin** die Feier seines 25jährigen Stiftungsfestes, welches drei Tage in Anspruch nimmt. Am Sonnabend mittag fand im Zoologischen Garten eine Ausstellung von Karten und Plänen neuerer Fluß- und Kanalbauten sowie der Binnenschiffahrtsliteratur statt. Nachmittags folgte dann eine Festversammlung daselbst, zu welcher die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden geladen waren; an dieselbe schloß sich ein Festmahl. Am Sonntag begaben sich die Festtheilnehmer mit Sonderzug nach Kiel, heute gehen dieselben nach Rendsburg und Holtenau zur Besichtigung des Nordostsee-Kanals. An der Festfeier am Sonnabend nahm u. a. Eisenbahnminister Thielen theil. Geh. Rath Wittich hielt eine längere Begrüßungsrede, in welcher er die bisherige Thätigkeit des Vereins zusammenfassend beleuchtete. Die eigentliche Festrede hielt Dr. Rentzsch-Dresden, früherer Generalsekretär des Vereins, der aus seiner persönlichen Erfahrung heraus ein Bild der Geschichte des Vereins gab.

* Der „Köln. Volksztg." zufolge ist der Reichstagspräsident v. Buol für den erledigten Posten eines Landgerichtsdirektors in Freiburg in Aussicht genommen. Die Ernennung werde in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Herr v. Buol würde sich in diesem Falle einer Neuwahl zu unterziehen haben.

* Herrn Dr. Ludwig Bamberger, der am 24. d. M. sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum feierte, hat bekanntlich die juristische Fakultät der Universität Gießen mit herzlichen Glückwünschen das Diplom erneuert durch eine Urkunde, in welcher sie seine Verdienste um die Regelung des deutschen Münzwesens rühmend hervorhebt mit den Worten: de ordinanda re nummaria optime merito. Ihre wissenschaftliche Ueberzeugung scheint also auch mit den Anschauungen der Mehrheit des preußischen Herrenhauses und des preußischen Abgeordnetenhauses nicht im Einklange zu stehen.

* Der Entwurf einer Anleitung zum Gebrauche der erneuerten Agende ist, dem Vernehmen der „Kreuzztg." nach, in der gemeinsamen Sitzung des Evangelischen Oberkirchenraths und des Generalsynodalvorstandes genehmigt worden. Zur Erleichterung des Gebrauchs ist übrigens noch die Herausgabe einer Handagende in Vorbereitung.

* Dem Vernehmen nach wollen die gegenwärtig zur Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft gehörenden Fleischer von neuem den Versuch machen, eine eigene Fleischerei-Berufsgenossenschaft zu gründen. Die betheiligten Kreise nehmen an, daß der Versuch diesmal mehr Aussicht auf Erfolg hat als früher, wo der Bundesrath den Antrag auf Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft auf den Rath des Reichs-Versicherungsamtes ablehnte.

Königsberg i. Pr., 26. Mai. Heute mittag 12 Uhr wurde hier die Nord-Ostdeutsche Gewerbe-Ausstellung feierlich eröffnet. Regierungs- und Gewerberath Sack gab einen Rückblick auf die Entstehung und Vorbereitung der Ausstellung und schloß mit der Bitte an den Ehrenpräsidenten der Ausstellung, Oberpräsidenten Graf Wilhelm Bismarck, die Ausstellung zu eröffnen. Der Oberpräsident antwortete mit einer längeren Ansprache, in der er die Nothwendigkeit des Zusammenarbeitens von Landwirthschaft und Industrie betonte, und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, den Schirmer des Friedens. Hierauf ward von den Anwesenden, unter denen sich auch der Oberpräsident Dr. von Goßler aus Danzig befand, ein Rundgang durch die Ausstellung angetreten. Bei dem Festfrühstück brachte Oberpräsident Graf Bismarck einen Trinkspruch auf den Prinzen Heinrich als Protektor der Ausstellung aus. Regierungsrath Sack toastete auf das Komitee und die Förderer der Ausstellung. Oberpräsident Dr. von Goßler rühmte die besonders geschmackvolle Art der Ausstellung und brachte einen Toast auf die Aussteller aus.

Posen, 26. Mai. Heute mittag 12 Uhr fand die Eröffnung der Provinzial-Gewerbe-Ausstellung der Provinz Posen durch den Protektor derselben, Oberpräsidenten Frhrn. von Wilamowitz-Möllendorf, statt. Derselbe dankte allen Betheiligten, Behörden und einzelnen, insbesondere auch dem Ausstellungskomitee für ihren Eifer und hob den innigen Zusammenhang aller Produktivstände hervor, dabei die fundamentale Bedeutung von Handel und Industrie für die Städte betonend. Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Oberbürgermeister Witting begrüßte hierauf die Erschienenen namens der Provinzialhauptstadt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß reiche Anregungen von der Ausstellung ausgehen mögen für das gewerbliche Leben in der Provinz. Sein Hoch gelte der Provinz Posen, die nach so vielen Stürmen der inneren Ruhe, des Friedens und der Thätigkeit dringend bedürfe. Die Ausstellung ist von 750 Ausstellern beschickt.

Braunschweig, 25. Mai. An den heutigen Berathungen des hier versammelten 20. deutschen Schmiedetages der Verband umfaßt 136 Bundesinnungen mit 4260 Mitgliedern) nahmen auch Vertreter der Staats- und der städtischen Behörden theil. Von den Beschlüssen sind folgende bemerkenswerth: Bezüglich der Ordnung des Hufbeschlag-Prüfungswesens beschloß man, den Verbandsvorstand zu beauftragen, beim preußischen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß seitens der preußischen Regierung eine möglichst gleichmäßige Ausführung des Gesetzes über das Hufbeschlagwesen vom 18. Juni 1884 erfolge, unter besonderer Berücksichtigung der Innungen; desgleichen auch bei den übrigen Bundesstaaten dahin zu wirken, daß den Innungen, um den gesetzlichen Anordnungen leichter zu entsprechen, das Recht zur Ausstellung von Prüfungszeugnissen ertheilt werde. Nach einem Vortrage des Dr Scholz-Berlin über die Vorgänge auf dem Gebiete der Innungs- und Handwerkerbewegung seit dem vorjährigen in Lübeck abgehaltenen deutschen Schmiedetage wurde beschlossen: In Anbetracht der sicher in Aussicht stehenden Organisation des Handwerks auf dem Boden der Zwangs-Innungen (!?) ist den Bundesmitgliedern zu empfehlen, mit allen nur möglichen Mitteln auf die Durchführung und Ausgestaltung der bestehenden Organisation des Innungswesens hinzuwirken. Ferner wurde nach einem Referat des Schmiedemeisters Nähiger-Berlin „über die Sonntagsruhe" beschlossen: Der 20. deutsche Schmiedetag begrüßt die Einführung der Sonntagsruhe mit wahrer Freude und bedauert nur, daß es dem einzelnen Schmiedemeister nicht auch für seine Person verwehrt ist, zu arbeiten.

Marinenachrichten. Nach einer an das Ober-Kommando der Marine gelangten telegraphischen Meldung ist S. M. S. „Gneisenau", Kommandant Korvetten-Kapitän da Fonseca-Wollheim, am 24. Mai in Falmouth angekommen, und beabsichtigt am 27. Mai nach Wilhelmshaven in See zu gehen.

Verein zur Förderung der Handelsfreiheit.

F. Stettin, 25. Mai.

Unter sehr zahlreicher Betheiligung fand heute abend im großen Saale der Börse die Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit statt. Es hatte sich eine große Zahl Delegirter von Handelskammern und kaufmännischen Korporationen eingefunden. Der ständige Vorsitzende des Vereins, Dr. Bamberger, eröffnete die Generalversammlung mit Worten der Begrüßung. Er freue sich über die zahlreiche Betheiligung. Es sei dies um so erfreulicher, da dadurch der Beweis geliefert werde, daß die Handel und Gewerbe treibenden Kreise nicht gewillt seien, den letzten Rest der Prinzipien, auf denen das deutsche Reich gegründet worden und die es groß gemacht, sich entreißen zu lassen. — Auf Vorschlag des Dr. Bamberger wurden Geh. Kommerzienrath Haker-Stettin zum zweiten und Stadtrath Dr. Weigert-Berlin zum dritten Vorsitzenden, Handelskammer-Sekretär Dr. Nebelthau-Bremen und Handelskammer-Sekretär Thießen-Stettin zu Schriftführern gewählt. — Geh. Kommerzienrath Haker begrüßte danach die Generalversammlung im Namen der hiesigen Kaufmannschaft.

Dr. Bamberger: Ich danke im Namen der General-Versammlung für die uns bereitete Gastfreundschaft. Es ist schon lange unser Wunsch gewesen, einmal außerhalb der Hauptstadt unsere Generalversammlung abzuhalten. Noch niemals, seitdem es eine Kultur giebt, sind die erworbenen Kreise unserer Nation so thätig und fleißig gewesen als gegenwärtig. Das Geschäft befindet sich bekanntlich im Zeichen der Bewegung, richtiger ist: die Kultur befindet sich im Zeichen der Bewegung und die Gesetzgebung im Zeichen der Hemmnisse. Fürst Bismarck sagte einmal bei Inangurirung der Kolonialpolitik: „Der deutsche Kaufmann werde sich wohl die See nicht mit dem Rücken aussehen wollen." Ich bin der Meinung: der deutsche Kaufmann will sich die See nicht mit dem Rücken ansehen, er will aber auch nicht, daß, während er seinen Blick auf das Weltmeer gerichtet hat, die Gesetzgebung ihm in seiner Thätigkeit hindernd in den Rücken fällt. Während der Kaufmann in dem Konkurrenzkampf mit den fünf Welttheilen Tag und Nacht auf der Wacht stehen muß, tritt ihm in seinem Schaffen der Staat hindernd in den Weg. Er tritt vermittelnd zwischen Käufer und Verkäufer, obwohl er von niemandem gerufen worden ist. Ganz besonders fühlt sich der Staat berufen, den sog. Schwachen zu schützen. Wenn der einzelne glaubt, durch sein Talent, durch seine Beweglichkeit, durch seine Erfindungsgabe über seinen Konkurrenten triumphiren und den Lohn für seine Thätigkeit einheimsen zu können, so tritt ihm der Staat mit einem Gesetz hindernd in den Weg und sagt ihm: „Du gehst zu schnell, du mußt etwas warten, der andere kommt nicht mit." Wenn trotzdem Deutschland eine so hervorragende Stellung im Welthandel einnimmt, so ist dies zweifellos der genialen Thätigkeit des Einzelnen zu danken, die sich, trotz allen plumpen Eingreifens des Staates in seine Thätigkeit, geltend zu machen weiß. Allein, ich habe das Gefühl, wenn es in der bisherigen Weise fortgeht, dann ist der Kampf des Einzelnen erfolglos. Wenn es in dieser Weise der Verhetzung und Verfolgung, der Bedrückung und Behinderung aller geschäftlichen Thätigkeit weiter geht, dann dürften mehr wirthschaftliche Schäden entstehen. Es ist deshalb hohe Zeit, daß sich die erwerbenden Kreise zu einer Manifestation aufraffen und sich ihrer Haut wehren, ehe es zu spät ist. Was man noch vor wenigen Jahren als Ausgeburten eines Tollhäuslers betrachtet hätte, wird heute in unseren gesetzgebenden Körperschaften in ernsthafter Weise erörtert. Ich nenne hier blos den Antrag Kanitz und den Antrag auf Abschaffung der Goldwährung. Was wir in den letzten Monaten erfahren, giebt in hohem Maße zu ernstem Nachdenken Veranlassung. Dem Antrag Kanitz hat ja die Regierung noch eine gewisse Festigkeit entgegengesetzt, obwohl demselben die Ehre, im Staatsrath berathen zu werden, nicht hätte zutheil werden dürfen. Beschämend ist, daß der deutsche Reichstag diesen Antrag in die Kommission verwiesen hat. Es ist vollständig falsch, wenn gesagt wird, man muß auch die absurdesten Probleme einer ernsthaften Erwägung würdigen. Der Wahnwitz erhält dadurch den Schein einer Berechtigung. Ich halte die ganze Bewegung für den Antrag Kanitz und die Abschaffung der Goldwährung für eine Art Geisteskrankheit. Es ist doch geradezu ein Wahnwitz, wenn man behauptet: durch Abschaffung der Goldwährung werde aller Nothstand beseitigt werden. Es ist ein fürchterlicher Irrthum, daß durch den Salto mortale der Abschaffung der Goldwährung unsere wirthschaftlichen Verhältnisse oder auch nur speziell die der Landwirthschaft im mindesten gebessert werden könnten. Im Gegentheil, die Abschaffung der Goldwährung würde auch den Nothstand der Landwirthschaft nur vergrößern. Interesse an der Abschaffung der Goldwährung haben ausschließlich die Besitzer und Aktionäre von Silberminen. Es ist in hohem Grade beschämend, daß auf Antrag Deutschlands eine internationale Konferenz zusammentreten soll, um zu berathen, ob es nicht angängig sei, anstelle unserer guten, gesunden Währung eine schlechte zu setzen. Ich bin ja überzeugt, der kluge preußische Finanzminister wird sich sagen: „Wir werden solche mit einem blauen Auge davon kommen." Ich befürchte nur, dies Auge dürfte sehr blau werden, denn wenn, woran ja nicht zu zweifeln, die Währungskonferenz resultatlos auseinander gehen wird, dann werden sich die Agrarier keineswegs für besiegt erklären, sondern ihre demagogische Agitation mit ungeschwächten Kräften fortsetzen. Eine aristokratische Demagogie sucht für eine einseitige selbstsüchtige Interessenpolitik die Massen zu gewinnen und das erwerbende Bürgerthum in seiner Schaffensthätigkeit zu lähmen. Erfreulich ist es nur, daß wir gegen allzu excessive Anforderungen noch eine Schutzwehr in unserer Regierung haben. Allein wenn wir den Hemmnissen, die den erwerbenden Kreisen unaufhörlich drohen, mit Erfolg entgegentreten wollen, dann müssen diese selbst Hand anlegen, dann müssen dieselben dafür auch einmal einige Stunden von ihrer Geschäftszeit opfern. Als einmal ein König seinen Finanzminister aufforderte, gute Finanzen zu machen, sagte dieser: machen Sie gute Politik, dann mache ich gute Finanzen. (Lebhafter Beifall.)

Es wurden hierauf in den Vorstand gewählt: Dr. Ludwig Bamberger, Stadtrath Dr. Weigert-Berlin, Geh. Kommerzienrath Haker-Stettin, Kommerzienrath Meißner-Leipzig, Geh. Kommerzienrath Damme-Danzig, Geh. Kommerzienrath Molinari-Breslau, Kommerzienrath Rißhaupt-Königsberg i. Pr., H. F. Ahlers, Mitglied der Handelskammer, Hamburg, Th. Gruner, Vorsitzender der Handelskammer, Bremen, Herm. Lange-Lübeck, Abg. Seyffardt-Crefeld und Emil Hirsch-Mannheim.

Kaufmann Otto Kühnemann-Stettin, Vorsteher der hiesigen Kaufmannschaft, sprach hierauf des Längeren über die agrarischen Angriffe auf den Handel, insbesondere auf den Getreidehandel. Der Redner suchte an einer Reihe von Beispielen die Unausführbarkeit des Antrages Kanitz nachzuweisen.

Hierauf äußerte sich Abg. Dr. Alexander Meyer-Berlin: Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich mich nicht mit der gewohnten Frische meiner Aufgabe entledige. Ich befinde mich nämlich den ersten Tag wieder in Freiheit. Ich habe bis jetzt gefessen (Heiterkeit); einmal im Reichstage, was aber noch viel schlimmer ist, in der Kommission, die für den Antrag Kanitz gewählt war. (Heiterkeit.) Nach einer solchen Zeit denkt man an die ausgestandenen Leiden und freut sich, daß dieselben vorüber sind. Ich muß aber bekennen, ich habe in der Kommission viel gelernt, und zwar nicht, wie die Welt in Wirklichkeit ist, sondern wie sich die Welt im Kopfe mancher Personen darstellt. Man erzählt von Odysseus; er bereiste viele Länder, um die verschiedenen Weltanschauungen kennen zu lernen. Ich bin der Meinung, Odysseus ist ein rechter Schafskopf gewesen. (Heiterkeit.) Er hätte doch blos nothwendig gehabt, den Kommissionsverhandlungen betreffs des Antrages Kanitz beizuwohnen, dann hätte er Weltanschauungen vollauf kennen gelernt und dabei die unanständigen Reisekosten gespart. (Stürmische Heiterkeit.) Ich hatte in der Kommission einen sehr schweren Stand, da ich der einzige war, der vom freisinnigen Standpunkte aus den Antrag Kanitz bekämpfte; die anderen freisinnigen Kommissionsmitglieder wählten die Vorsicht als besseren Theil der Tapferkeit und blieben den Verhandlungen fern. Ich wurde wohl von den Sozialdemokraten, den Nationalliberalen und einem Theil des Centrums in der Bekämpfung des Antrages unterstützt, alle diese thaten dies aber aus anderen Gründen wie ich. Die Centrumsmitglieder bekämpften den Antrag, weil er den Grundsätzen des Christenthums widerspreche. Ich kann darüber nicht urtheilen, da ich, trotz eifrigsten Studiums im Neuen Testament, nichts darüber habe finden können. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten sagten: Wir sind für das Fixiren der Getreidepreise, wenn alle Preise fixirt werden. Die Nationalliberalen schlugen kräftige Mittel vor, durch die der Landwirthschaft geholfen werden könne. Ich konnte mich auf alle diese Vorschläge nicht einlassen. Der Abg. v. Schwerin-Putzkewitz sagte: Das ganze Uebel liege darin, daß die Getreidepreise sich verändern. Steigen die Preise, so freuen sich die Landwirthe und ärgern sich die Konsumenten, und der umgekehrte Fall trete ein, wenn die Preise fallen. Deshalb solle man einer von ihm beantragten Resolution zustimmen, wonach die Getreidepreise keine Aenderung erfahren dürfen. Ich bekämpfte selbstverständlich diesen Antrag, indem ich hervorhob, daß eine Aenderung unter veränderten Verhältnissen eine Nothwendigkeit ist, und daß ein Sinken der Preise zur Folge hat, daß auch die weniger Bemittelten sich in den Besitz von Genußmitteln setzen können. Als das Petroleum erfunden wurde, da schrie alle Welt über die Billigkeit des Beleuchtungsmittels. Und die Folge war, daß auch in der ärmsten Hütte Licht einziehen konnte. Ich bin überzeugt, die gegenwärtig hohen Petroleumpreise werden einen erfinderischen Kopf sehr bald auf ein neues Beleuchtungsmittel bringen. Der Redner machte im weiteren Mittheilungen über die Kommissionsverhandlungen und bemerkte, daß man die Handelsverträge mit dem Antrage Kanitz sehr wohl für vereinbar erklärt habe. Die Herren seien eben der Meinung gewesen, sie seien imstande, a la „Schlosser-Ede" in verschlossene Wohnungen zu gelangen. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß wir auf wirthschaftlichem Gebiete noch große Kämpfe zu bestehen haben werden und uns noch große Gefahren drohen. Ich kann meinem Freunde Bamberger nicht beipflichten, daß wir gegen excessive Anforderungen der Agrarier in unserer Regierung eine Schutzwehr haben. Man pflegt zu sagen: jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Ich bin jedoch der Ansicht, eine Regierung des Grafen Posadowski hat das deutsche Volk nicht verdient. (Beifall und Heiterkeit.) Es ist hohe Zeit, daß das deutsche Bürgerthum sich ähnlich wie bei der Umsturzvorlage erhebt und gegen die Gefahren, die dem wirtschaftlichen Leben drohen, ein energisches Veto einlegt. Auf die Regierung kann sich das Volk nicht verlassen. Nachdem ich das gestrige Verhalten des Grafen Posadowski beobachtet, halte ich Herrn v. Köller für einen bedeutenden Staatsmann. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Broemel gelangte alsdann folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Nicht die Gleichmäßigkeit der Preise, sondern deren Veränderlichkeit, so weit die Veränderungen aus den natürlichen Verhältnissen des Angebots und der Nachfrage hervorgehen, entspricht dem allgemeinen Interesse.

Jeder Eingriff des Staates in den Getreidehandel stellt die ausreichende Versorgung aller einzelnen Landestheile mit den nothwendigen Nahrungsmitteln in Frage."

Dr. Bamberger schloß hierauf mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk im wirthschaftlichen Wettkampf wiederum diejenige Stellung unter den Völkern einnehme, die ihm mit Rücksicht auf seine Bildung und seinen Wohlstand gezieme, die Generalversammlung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhause interpellirte am Sonnabend der Jungtscheche Dick die Regierung wegen der Theilnahme des Statthalters, Grafen Kielmansegg, an der Jahresversammlung des deutschen Schulvereins.

Der Justizausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses nahm einstimmig die Vereinbarung des Unterrichtsausschusses an, nach welchem er dem vom Magnatenhause angenommenen Wortlaut des Gesetzentwurfes über die Reception der Juden beistimmt. Ebenso stimmt er der Verfügung des Magnatenhauses bezüglich des nicht aufgenommenen § 2 des Gesetzentwurfes über die freie Religionsübung (Uebertritt zum Judenthum) bei. Der Unterrichtsminister und der Justizminister äußerten sich zustimmend.

Zur Agliardi-Affäre meldet eine budapester offiziöse Korrespondenz, Nuntius Agliardi habe vor einigen Tagen von einem dem päpstlichen Staatskanzleramte angehörigen Prälaten ein Schreiben erhalten, in welchem dem Nuntius die Versicherung gegeben wird, daß die Stimmung im Vatikan für ihn eine durchaus günstige sei, und Staatssekretär Rampolla erklärt habe, er wolle eher seine Demission geben, als in die Abberufung Agliardi's einwilligen.

Belgien. Wie die „Independance Belge" wissen will, würde der bisherige Minister des Innern de Burlet das Ministerium des Auswärtigen und an seiner Stelle Schollaert das Ministerium des Innern übernehmen. Nyssens würde an die Spitze des neuzubildenden Ministeriums für öffentliche Arbeiten treten. Das Blatt fügt hinzu, die betr. Dekrete seien bereits unterzeichnet.

Der „Patriote" erfährt von gut unterrichteter Seite, der päpstliche Nuntius in Brüssel, Francica-Nava, sei nicht zum Nuntius in Wien ausersehen, sondern nach wie vor für die Würde des Erzbischofs von Catania designirt.

England. Da der herkömmliche Empfang zu Ehren des Geburtstages der Königin infolge des Todes der Lady Kimberley ausfiel, veranstaltete am Sonnabend abend Lady Tweedmouth, die Gattin des Lordsiegelbewahrers, einen Empfang. Unter den Gästen waren der Sohn des Emirs von Afghanistan, der Prinz von Wales, die Herzöge von York, Sachsen-Koburg, Connaught, Cambridge und Teck, Prinz Heinrich von Battenberg, die Prinzessin Luise, ferner Lord Rosebery und das gesammte diplomatische Corps. Vorher gab Lord Rosebery ein Galadiner in Downing Street, dem auch der Prinz von Wales, die Botschafter und der Erzbischof von Canterbury beiwohnten.

Frankreich. In der Deputirtentenkammer brachte am Sonnabend Castelin einen Antrag ein, nach welchem ein Kredit von 50,000 Francs gewährt werden soll, um die Statue der Stadt Straßburg auf der Place de la Concorde in Bronce zu gießen. Der Ministerpräsident Ribot theilte mit, er werde eine Vorlage behufs Errichtung eines Denkmals für die Kämpfer von 1870 einbringen, und ersuchte den Antrag Castelin einer besonderen Kommission zur Prüfung zu überweisen. (Zustimmung.) Das Haus erklärte hierauf die Dringlichkeit für den Antrag Castelin. Denis interpellirte über die Judenfrage und klagte darüber, daß zu viele Juden sich an die Spitze gewisser Verwaltungszweige befänden. Redner verlangte Erklärungen über die Absetzung des Generalschatzmeisters Isaac Levaillant und behauptete, Algerien sei durch jüdische Wucherer zu Grunde gerichtet. Schließlich verbreitete er sich über die französische Finanzwelt. Der Royalist D'Hugues sprach in gleichem Sinne. Rouanet (Sozialist) forderte die Regierung auf, die Auffassung der Kapitalien durch englische Gesellschaften zu verhindern. Der Justizminister Trarieux erwiderte, daß die Regierung hiergegen machtlos sei. Hierauf wurde entsprechend einem Antrage Naquet's die Vertagung auf Montag mit 363 gegen 162 Stimmen beschlossen und die Sitzung aufgehoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950527013/fragment/page=0002

Unter Vorsitz des Kardinals Langenieux fand am Freitag eine neue Versammlung der Oberen geistlicher Orden statt, in der übrigens die Jesuiten, Dominikaner und Sulpicier unvertreten waren. Die Berathung über Rampolla's Brief ergab, daß die Anwesenden ihn als eine Ermunterung zum Widerstande auffassen. Sie beschlossen denn auch, vorerst das Steuergesetz als nicht vorhanden anzusehen.

Anläßlich des Jahrestages der Besiegung der Kommune fanden auf dem Friedhofe Père-Lachaise die üblichen Kundgebungen statt. Die Polizei hatte den Eingang besetzt und ließ die Manifestanten nur zu je vier den Friedhof betreten. Die Kundgebungen verliefen ohne Zwischenfall, Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Wie der Gouverneur von Französisch-Guyana telegraphisch meldet, wurden am 15. d. Boote mit einer Compagnie Marine-Infanterie abgesandt, um die Auslieferung eines Franzosen zu erreichen, der von Cabral, dem Führer der brasilianischen Freibeuter, auf dem strittigen Gebiet gefangen genommen war. Die Freibeuter schossen auf den französischen Hauptmann Lunier, als dieser als Parlamentär näher kam. Die Soldaten eilten dem Angegriffenen zu Hilfe und zerstörten nach zweistündigem Kampfe das feindliche Dorf. 60 Freibeuter wurden getödtet. Auf französischer Seite gab es 5 Todte, darunter den Hauptmann Lunier, und 20 Verwundete. Die Regierung hat sich mit dem Gouverneur über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen verständigt.

Italien. Am Sonntag haben die neuen Kammerwahlen stattgefunden. Die Abgabe der Stimmen ist überall regelmäßig erfolgt. Die Wahlurnen wurden um 4 Uhr nachmittags geschlossen, worauf mit der Feststellung des Wahlergebnisses sofort begonnen wurde. Nach den vorliegenden Nachrichten hatte die Regierungspartei ein starkes Uebergewicht bei der Bildung der Wahlbureaus, daher wird sich voraussichtlich eine große Majorität für die Regierung ergeben. Das Resultat in den Wahlbezirken von Rom ist folgendes: Im ersten Wahlkreise wurde Mazza (Opposition) gewählt, im zweiten Santini (ministeriell), im dritten Unterrichtsminister Baccelli mit 1677 Stimmen gegen Costa (Sozialist), der 137 Stimmen erhielt; im vierten Wahlkreise wurde Ministerpräsident Crispi mit 934 Stimmen gewählt gegen den Sozialisten Defelice, auf den 720 Stimmen fielen, im fünften Wahlkreise wurde Barzilai gewählt. In Spezia wurde Marineminister Morin, in Turin wurde Brin gewählt.

Der Minister für Post und Telegraphen, Ferraris, hielt am Sonnabend in Acqui eine Rede. Er hob darin die Schwierigkeiten hervor, die das Kabinet Crispi beim Antritte der Macht vorfand, sowie die Erfolge, die dasselbe erzielte und drückte das Vertrauen aus, daß die neue Kammer es ermöglichen werde, das begonnene Werk, namentlich auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete, durchzuführen.

Bulgarien. Die „Agence Balcanique" verbreitet folgende Nachricht: Ungefähr 50 Personen, welche seinerzeit gegen Stambulow Klage wegen Interessen-Schädigung angestrengt haben, protestirten bei der Regierung und der Kammer-Kommission gegen die Abreise Stambulow's; die Beschwerdeführer machen die Regierung für eventuelle Verluste verantwortlich, welche sie durch die Flucht Stambulow's erleiden würden. Auch wird versichert, das Motiv der Weigerung der Kommission, Stambulow abreisen zu lassen, sei in der durch unwiderleglche Beweise festgestellten Schuld Stambulow's zu suchen. Wie von anderer Seite noch berichtet wird, will der Untersuchungsausschuß Stambulow Fragen über seine finanzielle Gebahrung und seine politische Haltung vorlegen. Stambulow will nun zwar Rede stehen, dann aber ins Ausland reisen. Die Vertreter zweier auswärtiger Mächte verwendeten sich zu seinen Gunsten. Der Minister des Aeußeren erwiderte, die Regierung sei stets bemüht gewesen, die Untersuchung gegen Stambulow zu verhindern, zumal sie Kenntniß von der Auffassung des Auslandes besitze, gleichwohl sei sie verpflichtet, die Stimmung des Landes zu berücksichtigen und dafür zu sorgen, daß die Gesetze streuge gehandhabt würden; sie könne also die Untersuchungskommission nicht hindern, volle Klarheit in die Sache zu bringen. Hiermit erklärten sich die beiden Konsuln, unter Anerkennung der Korrektheit der Anschauung der bulgarischen Regierung, befriedigt.

Serbien. Der Finanzminister unternahm im Einvernehmen mit dem gesammten Kabinet vorbereitende Schritte zu einem neuen Arrangement mit der Bankengruppe.

Norwegen. In Storthing beantwortete am Sonnabend Staatsminister Stang die Interpellation des Radikalen Engelhardt wie folgt:

Da die Wahl der Minister dem König selber zusteht, ist die Vorbereitung zur Ernennung einer neuen Regierung nie Gegenstand der Berathung im Staathsrath gewesen, es findet sich daher über eine solche Berathung nichts in den Protokollen des Staatsraths. Was sonst vorging, war durch die Presse bekannt gemacht, ich hätte nichts Wesentliches hinzuzufügen. Nachdem der Versuch des Königs, eine neue Regierung zu bilden, gescheitert ist und der König keine Möglichkeit gesehen hat, den Versuch durchzuführen, kann die Regierung nichts anderes thun als abwarten, ob die Mehrheit des Storthings Schritte thun wird, um ein Einverständniß der staatlichen Gewalten zu bewerkstelligen. Die Regierung hat daher die Entscheidung über die Aufrechterhaltung ihres Abschiedsgesuches aufgeschoben, bis entweder ein solches Einverständniß zustande gebracht sein wird oder bis unabänderliche Hindernisse der weiteren Ausübung ihrer Funktionen entgegentreten. Die Auffassung der Regierung geht dahin: der Konflikt ist dergestalt auf die Spitze getrieben, daß die Lage ernst ist und kritisch werden kann, wenn der Konflikt sich noch mehr zuspitzt. Die Regierung hat keinen höheren Wunsch als den zurückzutreten, wenn die Lösung der Schwierigkeiten dadurch erleichtert werden könnte.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte Engelhardt, die weitere Besprechung der Kabinetsfrage zu verschieben, um die außergewöhnliche Situation näher zu erwägen. Redner sprach die Erwartung aus, daß die Angelegenheit auf der nächsten Tagesordnung des Storthings wieder erscheinen werde. Michelet (Rechte) äußerte, die Forderung Schwedens auf Revision der Unionsakte habe die Kündigung des Handelsvertrages zwischen Schweden und Norwegen zur Folge gehabt; die Spannung sei noch verstärkt worden durch die Bewilligung des Kriegsfonds von 8½ Millionen Kronen, daher sei für den Storthing Veranlassung gegeben, mit der Unentschlossenheit aufzuhören. Redner empfahl Verhandlungen zwischen beiden Ländern. Der Storthing beschloß dann einstimmig, die Angelegenheit zu verschieben.

Ostasien. Die Lage wird neuerdings, wie schon aus den letzten, in der gestrigen Nummer mitgetheilten Telegrammen hervorging, jetzt verwickelter. Die am Sonnabend gebrachte telegraphische Meldung, wonach Formosa sich zur Republik erklärt hätte, wird von vertrauenswürdiger Seite in London dahin bestätigt, daß die Proklamirung der Republik am Sonntag erfolgen sollte. Auch ein Telegramm des amerikanischen Gesandten in Peking bestätigt die Gründung der Republik Formosa. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachte indessen Formosa als Japan gehörig und werde daher die Republik wahrscheinlich nicht anerkennen. — Unter diesen Umständen würde Japan einen neuen Feldzug auf Formosa zu eröffnen und die Insel erst wieder zu erobern haben. Das „Reuter'sche Bureau" erfährt allerdings aus gut unterrichteten Kreisen in London, die Ausrufung der Republik Formosa werde schwerlich ernste Folgen haben. Die Bevölkerung sei so ungleichartig, daß keine Elemente vorhanden sind, auf die sich eine unabhängige Regierung stützen könnte. Natürlich geht Formosa nicht allein vor, sondern es machen sich andere Einflüsse geltend.

Der japanische Admiral Kabayama, welcher zum Obercommandeur auf Formosa ernannt ist, traf bereits am 23. d. auf den Pescadores-Inseln ein. Die Mittheilung vom Eindringen russischer Truppen in die Mandschurei, durch welche die Rückzugslinie der Japaner bedroht würde, hat noch keine anderweite Bestätigung gefunden.

Ferner erfährt das Reuter'sche Bureau, in gut unterrichteten Kreisen sei die Meldung eingetroffen, daß China die Verpflichtung ablehne, für die Nichtabtretung der Halbinsel Liatong an Japan eine Kompensation zu gewähren. Es sei kaum zu bezweifeln, daß ein Abkommen zwischen China, Japan und den drei Mächten auf der Grundlage einer Zusatzentschädigung schon nahezu zustande gekommen sei.

Marokko. Die Lage in Marokko, deren Unsicherheit bekanntlich den Grund zu der Hinbeorderung des deutschen Kreuzers „Marie" gegeben hat, wird in einem wahrhaft trostlosen Lichte geschildert. Der jetzige Sultan sei absolut unvermögend, den Geist des Aufruhrs zu bändigen; überall erhebe die Anarchie ihr Haupt, fast alle Kabylenstämme befänden sich in offenem Aufruhr gegen die Autorität der scherifischen Regierung. Marakesch wird von dem Stamme der Rahammas belagert, die dem dortigen Gouverneur in einem Gefechte eine völlige Niederlage beigebracht haben. In Mogador wollte der Gouverneur alle wehrhaften Männer zum Waffendienst heranziehen, was diese so empörte, daß sie in hellen Haufen zu den Rebellen überliefen. Die Vergewaltigungen und Ermordungen friedlicher Gewerbetreibenden, einerlei ob In- oder Ausländer, hören nicht auf. Zu den schon bekannten Ausschreitungen, denen zwei unserer Landsleute und ein Franzose zum Opfer fielen, werden neue Frevel aus Casablanca gemeldet, wo sieben spanische Israeliten massakrirt worden sein sollen. Kurz, die Zustände in Marokko werden immer unhaltbarer und mahnen Europa zur schärfsten Aufmerksamkeit.

Madagaskar. Aus Majunga wird vom 22. d. gemeldet: Die Brigade Metzinger fand Trabonoy besetzt und umging den Platz, welcher alsdann ohne Kampf verlassen wurde. Am andern Tage besetzte General Metzinger Ambato, die Hovas wurden vertrieben und zogen sich nach Ankoala zurück. General Metzinger setzt seinen Vormarsch fort.

Vermischtes.

Was in der Großstadt möglich ist. Am Spittelmarkt in Berlin giebt es in dem ersten Stockwerk eines Hauses für 30 Pfennige ein Mittagessen von vier Gängen. Nebenbei in der Kurstraße leistet es ein Kellerwirth bereits für 25 Pfennige.

Irrsinnig geworden. Aus einem eigenartigen Anlaß irrsinnig geworden ist ein 35jähriges Mädchen aus der Friedrichstadt in Berlin. Ein Fräulein St. betrieb mit seiner Mutter ein Blumengeschäft und war neben der Verkäuferin auch selbst im Laden thätig. Zu der Kundschaft gehörte seit einiger Zeit ein Herr, der dem Fräulein Aufmerksamkeiten erwies. Eines Tages erlaubte er sich einen thätlichen Angriff auf das Mädchen, den dieses mit Entrüstung zurückwies. Der Herr verschwand dann eiligst und ließ sich nicht mehr sehen. Das Mädchen wurde von der Stunde an schwermüthig. Als die Mutter eines Tages von einer Vernehmung nach Hause zurückkehrte, empfing sie die Verkäuferin mit der Mittheilung, daß ihre Tochter alles, was im Laden war, an beliebige Personen hatte verschenken wollen. Mutter und Verkäuferin glaubten jedoch nur an einen vorübergehenden Anfall und unternahmen mit ihr einen Spaziergang nach dem Kreuzberge. Hier zeigte sich aber, daß die Krankheit leider viel ernster war, als man angenommen hatte. Die Irrsinnige machte sich plötzlich von ihren Begleiterinnen frei und rannte die Belleallancestraße hinab. Mit Hilfe von Schutzleuten wurde sie schließlich angehalten und dann in eine Anstalt gebracht.

Blitzschlag in eine Pulverfabrik. Am Sonnabend nachmittag kurz nach 5 Uhr fuhr während eines heftigen Gewitters ein Blitzstrahl in das Trockenhaus der Pulverfabrik Osenberg bei Halver und brachte dasselbe zur Explosion. Die Wirkung der Explosion war eine recht heftige, und es sind die Gebäude der Fabrik mehr oder minder beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt.

Wolkenbruch. Aus Prag meldet der Draht vom 25. Mai: Infolge eines heute niedergegangenen Wolkenbruches sind die niedriger liegenden Straßen der Vororte überschwemmt. Das Wasser drang in die Wohnungen und Keller ein; zahlreiche Menschen retteten sich in Kähnen. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Der Graf als Kunstreiter. Aus Italien wird berichtet: Graf Hector Boccaria ist als Kunstreiter in die Circusgesellschaft Amato eingetreten.

Erschossen. Wie aus Sardinien gemeldet wird, ist es am 21. Mai endlich gelungen, den gefürchteten Briganten Giovanni Sedda, der neun Morde auf dem Gewissen hat, unschädlich zu machen. Im Gebiet von Seurgius haben ihn fünf Carabinieri der Station Mandas bei Nacht aufgestöbert und nach kurzem Kampf erschossen.

Das Ende des Wildeprozesses. Aus London wird vom 25. März gemeldet: In der Verhandlung gegen Oskar Wilde erklärte heute in seinem Resumé der Präsident, gegen Lord Alfred Douglas sei kein Haftbefehl erlassen, auch wisse er nichts von der Absicht, einen solchen zu erlassen. Die Jury müsse nicht glauben, es unterbleibe, weil er Lord sei. Marquis Queensberry habe mit Bezug auf Wilde nicht wie ein Gentleman gehandelt. Die Jury berieth zwei Stunden. Sie fand Wilde der Begehung von Sittlichkeitsverbrechen mit dem Zeugen Wood und anderen unbekannt gebliebenen Personen, also in allen Anklagepunkten für schuldig. Wilde's und Taylor's Anwälte beantragten die Vertagung des Urtheils aus formellen Gründen. Der Präsident lehnte dies jedoch ab. Das Urtheil lautete sodann gegen Wilde und Taylor auf je zwei Jahre Gefängniß mit Zwangsarbeit. Bei der Urtheilsbegründung erklärte der Präsident, es werde ihm schwer, seinen Gefühlen Zwang anzulegen. Er zweifle keinen Augenblick an der Richtigkeit des Wahrspruches der Geschworenen. Den Angeklagten zu ermahnen, halte er für unnütz. Wer solche Handlungen begehen könne, bei dem sei jegliches Gefühl der Scham erstorben. Alles, was er thun könne, sei, die schwerste Strafe, die das Gesetz erlaubt und die noch absolut unausreichend sei, zu verhängen. Es sei der schlimmste Fall, der ihm je vorgekommen. Aus den Reihen der Zuhörer ertönten Rufe: „Pfui, Schande!" Wilde und Taylor wurden hierauf abgeführt; Taylor ging mit festem Schritt hinaus, Wilde dagegen wankte, er war abschlaff und schien vollständig betäubt.

Gelynscht. Drei Neger, welche einer Weißen, der Tochter eines Bürgers von Ellville, Florida, auf dem Heimwege aufgelauert und dieselbe vergewaltigt hatten, sind von einer Anzahl Vigilanten in Gegenwart einer großen Menschenmenge in fürchterlicher Weise gelynscht worden: man hat die Neger bei lebendigem Leibe geschunden, sie dann an Pflöcke gebunden und langsam verbrannt.

Meteorologische Station zu Halle.

	26. Mai. (9 Uhr 12 Min. ab.)	27. Mai. (7 Uhr 12 Min. mg.)
Barometer Millimeter	757,7	761,7
Thermometer Celsius	16,7	9,3
Rel. Feuchtigkeit	56 %	83 %
Wind	NNW 1	NNW 2

Maximum der Temperatur am 26 Mai: 20,9° C.
Minimum in der Nacht vom 26. zum 27. Mai 8,9° C
Niederschläge am 25. Mai 7 Uhr morgens: 0.0 mm.
Wasserwärme am 27. Mai, mitgetheilt vom Flora-Bade: 14° R.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 22. Mai.

Berlin, 25. Mai.

Aktiva.			
1) Metallbest. (der Bestand an kursfähigem, deutschem Gelde u. an Gold in Barren od. ausl. Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	M.	1,090,878,000 Zun.	12,545,000
2) Best. an Reichskassenscheinen	„	27,879,000 Zun.	707,000
3) do. an Noten anderer Banken	„	10,038,000 Zun.	212,000
4) do. an Wechseln	„	504,963,000 Zun.	7,402,000
5) do. an Lombardforderungen	„	68,254,000 Zun.	170,000
6) do. an Effekten	„	8,845,000 Zun.	341,000
7) do. an sonstigen Aktiven	„	41,094,000 Zun.	160,000
Passiva:			
8) das Grundkapital	M.	120,000,000	unverändert
9) der Reservefonds	„	30,000,000	unverändert
10) der Betrag der uml. Noten	„	1,027,210,000 Abn.	24,063,000
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	„	566,193,000 Zun.	45,262,000
12) die sonstigen Passiven	„	8,643,000 Zun.	308,000

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Hamburg, 25. Mai. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 158–160. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 152–156, russischer loco fest, loco neuer 100. Hafer ruhig. Gerste ruhig.
* Stettin, 25. Mai. Weizen ruhig, loco neuer 156–160, per Mai-Juni 161,00, per Sept.-Okt. 160.00. Roggen loco ruhig, 136–139, per Mai-Juni 136,50, per Sept.-Okt. 140,00. Pomm. Hafer loco 124–127.
* Wien, 25. Mai. Weizen per Mai-Juni. 7,43 Gd., 7,45 Br., per Herbst 7,75 Gd., 7,77 Br., Roggen per Mai-Juni 6,45 Gd., 6,50 Br., per Herbst 6,91 Gd., 6,93 Br. Hafer per Mai-Juni 6,76 Gd., 6,78 Br., per Herbst 6,31 Gd., 6,33 Br.
* Pest, 25. Mai. Weizen behauptet, per Herbst 7,48 Gd., 7,49 Br., per Mai-Juni 7,43 Gd., 7,44 Br. Roggen per Herbst 6,60 Gd., 6,62 Br. Hafer per Herbst 6,07 Gd., 6,09 Br.
* Amsterdam, 25. Mai. Weizen auf Termine geschäftslos per Mai —, per Nov. —. Roggen loco —, do. auf Termine höher, per Mai —, per Juli —, per Okt. 127.
* Antwerpen, 25. Mai. Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer träge. Gerste behauptet.

Zucker.

* Paris, 25. Mai. (Schlussber.) Rohzucker, ruhig, 88% loco 28,25—28,75. Weisser Zucker flau, Nr. 3. per 100 kg., per Mai 29,12½, per Juni 29,37½, per Juli-Aug. 29,62½, Okt.-Jan. 30,00.
* London, 25. Mai. 96% Javazucker loco 12¼ steig, Rüben-Rohzucker loco 10¼ matt.

Kaffee.

* Hamburg, 25. Mai. Kaffee fest, Umsatz 3500 Sack.
* Hamburg, 25. Mai. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per Mai 77, per Sept. 70½, per Dez. 74, per März 73. Ruhig.
* Hamburg, 25. Mai. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Mai 76¾, per Sept. 70, per Dez. 74, per März 72¾. Kaum behauptet.
* Havre, 25. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Com.) Kaffee good average Santos per Mai 97,00, per Sept 94,75, per Dez. 92,50. Ruhig.
* Amsterdam, 25. Mai. Java-Kaffee good ordinary 53.

Wasserstände. († bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	24. Mai.	† 1,32	26. Mai	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	»	† 2,74	»	† 2,74	—	—
do. Unterpegel	»	† 1,60	»	† 1,48	12	—
Trotha	26. Mai	† 2,98	27. Mai	† 2,96	2	—
Alsleben, Oberpegel	25. Mai	† 2,82	26. Mai	† 2,70	12	—
do. Unterpegel	»	† 3,42	»	† 2,88	54	—
Bernburg	»	† 2,86	»	† 2,86	—	—
Kalbe, Oberpegel	24. Mai	† 2,14	25. Mai	† 2,04	10	—
do. Unterpegel	»	† 2,70	»	† 2,52	24	—

Sonnen- und Regen- Schirme.
Hervorragende Neuheiten der Saison in tausendfacher Auswahl.
Unerreicht billige Preise.
Entzückende Neuheiten in Fächern.
Geschäftshaus (d
J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.
Frühjahrs-Catalog gratis und portofrei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950527013/fragment/page=0003

Strumpf-Anstrickerei

Anfertigung nach Maass in Hand- und Maschinenstrickerei.

Einzelverkauf fert. Strumpfwaaren zu Fabrikpreisen.

Nur bestbewährte Qualitäten in solider Ausführung.

H. Schnee Nachf.
A. Ebermann,
Strumpfwaaren-Fabrik, (s
Halle a/S., Gr. Steinstr. 84.

Für Restaurants etc.

empfehle ich meinen neuen

Spülkasten (D. R. G. M.)

zum Ausspülen resp. Reinigen der Biergläser ꝛc. ꝛc., mit doppelter Reinigung u. beschr. regulirb. Wasserzufluß.

Mit oder ohne Eiskühlung.

Der einzige praktische Apparat, mit dem man stets **reines** Spülwasser hat, weil jeder Schmutz u. s. w. sofort aus demselben in eine Reinigungsmolle sinkt, dabei sehr wenig Wasser verbraucht.

In verschiedenen Größen zur größten Zufriedenheit aufgestellt. Probekasten auch bei mir zur Ansicht.

Achtungsvoll (r

Emil Karsch,
Klempnerei u. Zinkgießerei,
Halle a. S., Dryanderstraße 27.

Baby-Kleidchen

liefert zu billigsten Preisen (r
Minna Haase, Geißstr. 9.

Man kauft

neue und gebrauchte Möbel jeder Art in größter Auswahl u. zu billigsten Preisen nur bei (r

Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25.

Gebrauchte Möbel

j. Art, sow. ganze Nachlasse kauft stets

Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25.

Gebrauchte Laden-, Contor- u. Restaurations-Einrichtungen, Pianinos und dergl. m. kauft stets

Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25.

Cementwerke Silberhütte (Anh.).
Röhren, Krippen, Tröge,
Schweinetröge von 2 Mark an,
Schornsteinaufsätze, Fliesen, Grabeinfassungen, Patent-Dachziegel,
D. R. G. M. S. 11486. (ar
Vertreter: **Albert Neipsch,** Halle a/S.

In anerkannt bester Ausführung und reicher Auswahl empfehlen:

Garnirte Damenhüte
Mädchen- u. Knabenhüte
Sonnenschirme u. Entoutcas
Spitzen-Kragen u. Umhänge
Blousen in Battist, Wolle u. Seide
Sommer-Unterröcke
Gummi-Gürtel

zu sehr niedrigen festen Preisen.

A. Huth & Co.

Halle a. S., 87 Gr. Steinstrasse.

Hermann Arnhold & Co., Bank-Commandit-Gesellschaft

Halle a. S., Alte Promenade 3.

Wir stellen hiermit in unserer, gegen **Diebes- und Feuersgefahr gesicherten Stahlkammer**

Schrank-Fächer

in verschiedenen Grössen, welche unter eigenem Verschluss der Miether stehen, behufs Aufbewahrung von Werthpapieren etc. zur Verfügung des Publikums. Jahresmiethe je nach Grösse. Kürzere Miethsdauer nach Vereinbarung.

Geschlossene Depôts

nehmen wir jederzeit zur Aufbewahrung in unseren Tresors entgegen. (r

---

Geschäfts-Verlegung.

Meine im Jahre 1860 gegründete **Leinen- und Wäsche-Handlung** verlegte ich am heutigen Tage von **Große Märkerstraße 1** nach **meinem Hause**

Leipziger Straße 21

und vereinigte dieselbe mit der Leinen- und Wäsche-Handlung der Firma Schnabel & Grünberg, deren Mitinhaber ich bin und bleibe. Indem ich für das mir bisher in so reichem Maaße zu Theil gewordene Wohlwollen hierdurch meinen ganz ergebenen Dank ausspreche, bitte ich, mir dasselbe auch fernerhin bewahren zu wollen.

Halle a. S., den 26. Mai 1895.

Mit vorzüglicher Hochachtung (r

C. A. Schnabel.

Soeben erschien im Verlage von

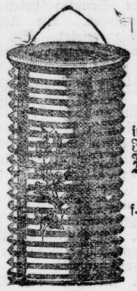
Fr. Starke,
20 Gr. Ulrichstr. 20:

Schultze,
99 Ausflüge
in
die nähere und weitere Umgebung von Halle a. S.,
einschließlich der empfehlenswerthesten Partien nach dem Harze und nach Thüringen.

Ein Reisehandbuch für Einheimische und Fremde.

Preis Mk. 1.—.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.



Illuminations-laternen
in allen Größen u. Farben vorräthig.
Feuerwerkskörper
f. Land u. Wasser.
Bengalische Flammen
in Pulver und Fackeln.

Billigste Preise!

Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24. (d

Oscar Ballin,
Herren- u. Damen-Friseur
Untere Leipziger Str. 91,
empfiehlt seine **Salons z. Haarschneiden, Frisiren, Rasiren, Shampooniren.**
Specialität: **Haarfärben.**
Separat für Damen und Herren.
Ausführung feinster
Mode-, Ball- u. Hochzeits-Frisuren. (z
Specialität: Anfertigung feinster, hochmodernster **Haararbeiten** nur prima Qualität.
Exacte Bedienung, billige Preise.

Neue Besätze
zur **Damenschneiderei**
empfiehlt
Berliner Engros-Lager
Gr. Ulrichstr. 32. (s

Kautschuk-Stempel
gut u. billig
liefert **Alfred Pfautsch**
Stempelfabrik
Nicolaistrasse 6

Aachener Badeofen

D. R.-P. 20,000 Stück in Betrieb
mit neuen Verbesserungen.
In 5 Minuten ein warmes Bad!
Bis heute unerreicht in Schnelligkeit der Heizung und Gasersparniss. (ad

Preisgekrönte Gasheizöfen.
Prospecte gratis und franco.

J. G. Houben Sohn Carl, Aachen.
Meine Gasbade- und Heizöfen sind in Halle bei **Ernst Vieweg,** Geisstrasse 47, vorräthig,

---

Herrengarderobe

wird in kürzester Zeit **chemisch gereinigt und gefärbt,** auf Wunsch auch **reparirt** in der

Färberei und chemischen Waschanstalt von

K. Mauersberger.

Läden: **Obere Leipziger Straße 33** und **Moritzkirchhof 5,**
Annahmestelle bei Herrn **Galander,** neben Walhalla. (s

Für Hausfrauen!

Annahme **alter Wollsachen** aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock- und Mantelstoffen, Damentuchen, Buckskin, Portièren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern zu billigen Preisen durch **R. Eichmann, Ballenstedt a. H.,** leistungsfähigste Firma.

Annahmestelle und **Musterlager** für **Halle a/S.** bei **Frau M. Klauss,** Spiegelstr. 2, I., u. **Frau L. Querfurth,** Landwehrstr. 21.

Marienburger Geld-Lotterie.

3372 Geldgewinne = 375,000 Mark.

1 Gew.	à 90,000 ℳ	= 90,000 ℳ		50 Gew.	à 600 ℳ	= 30,000 ℳ
1 „	„ 30,000 „	= 30,000 „		100 „	„ 300 „	= 30,000 „
1 „	„ 15,000 „	= 15,000 „		200 „	„ 150 „	= 30,000 „
2 „	„ 6,000 „	= 12,000 „		1000 „	„ 60 „	= 60,000 „
5 „	„ 3000 „	= 15,000 „		1000 „	„ 30 „	= 30,000 „
12 „	„ 1500 „	= 18,000 „		1000 „	„ 15 „	= 15,000 „

Ziehung am 21. und 22. Juni 1895.

Preis des Loofes 3 Mark; Liste 30 Pfg.

Halle a/S., Markt 24. Otto Hendel, Sortiment.

Schwimm-Anzüge

in
allen Grössen
und
reichhaltigem Sortiment
empfiehlt

H. C. Weddy-Pönicke,
Leipzigerstrasse 6/7.

Kinderwagen,
Naether's Niederlage
J. F. Junker,
Poststrasse Nr. 6. (s

Die beste Feder ist

AUG. WEDDY'S HANDELSFEDER

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 am Markt 24 (Waagegebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950527013/fragment/page=0004